

Rechte Provokation

Die Marburger Burschenschaft Germania hat heute mal wieder Prominenz der deutschen Rechten eingeladen. Gleich drei Referenten werden den deutschen Burschen den rechten Weg weisen. Die Ankündigung der Vorträge als „Marburger Diskurs“ soll intellektuelles Gewicht suggerieren. Mit den Referenten Götz Kubitschek und Frank Lisson sowie dem Veranstaltungstitel „Perspektiven einer konservativen Politik“ versuchen sich die Marburger Germanen als oberhessischen Außenposten der sogenannten Neuen intellektuellen Rechten darzustellen. Sie ist aber weder neu noch intellektuell, sondern einfach nur rechts.

Um das politische Ziel und die Strategie der Veranstaltung der Germania zu verstehen, ist ein kurzer Blick auf die Geschichte dieser sogenannten Neuen intellektuellen Rechten notwendig. Sie bezieht sich auf alte Theoretiker der sogenannten Konservativen Revolution aus den 1920er und `30er Jahren und ihre Funktionäre entstammen in der Regel aus verschiedenen Strömungen der extremen Rechten. Mit der Selbstbeschreibung als neu wollen sie eine Distanz zum diskreditieren historischen Faschismus und speziell zu dessen deutscher Variante, dem Nationalsozialismus behaupten.

Der Begriff der Neuen Rechten war ursprünglich eine Selbstbezeichnung einiger französischer Gruppen der extremen Rechten aus den `60er Jahren. Sie sahen die Notwendigkeit, sich von den bisherigen Strukturen und der Programmatik der damaligen Rechten zu entfernen und neue Versuche zu unternehmen, sich politisch zu verankern. Sie warfen den Organisationen und Theoretikern der Rechten Erfolglosigkeit vor. Vor allem auf das Erstarken einer Linken im Gefolge von „68“ und deren angeblicher kultureller Hegemonie hätten weder Konservative noch extreme Rechte eine Antwort.

Die Neue Rechte sollte weder eine Partei noch eine Massenorganisation werden. Stattdessen gab sie sich von Anfang an als elitärer Denker-Club. Über eine „Kulturrevolution von rechts“, die eher als „Kulturrenaissance“ bezeichnet werden muss, wollten sie auf Medien, Eliten und Multiplikatoren einwirken, um so die Gesellschaft nach rechts zu verschieben. Die Neue Rechte glaubt, dass die Triebkräfte der Gesellschaft v.a. in der Kultur und den Ideen zu finden seien. Ökonomische Widersprüche und Interessen spielen für sie keine Rolle. Aus dieser Überzeugung setzt sie auf den „Kulturkampf“ im vorpolitischen Raum.

Doch die Neue Rechte war keine französische Erfindung, sondern ein deutscher Export. Einer ihrer wichtigsten Ideengeber war der in Deutschland lebende Armin Mohler. Der Schweizer hatte sich freiwillig für die deutsche Wehrmacht gemeldet und später, 1949, eine Arbeit über „Die Konservative Revolution“ veröffentlicht. Unter diesem Label fasste er jene konservativen oder faschistischen Autoren der 1920er und `30er Jahre, die sich aus antidemokratischen, elitären, nationalistischen,

antiwestlichen und militaristischen Überzeugungen gegen die Weimarer Republik ausgesprochen hatten und die daran beteiligt waren, dem deutschen Faschismus den Weg zu ebener: Carl Schmitt, Arthur Moeller van den Bruck, Oswald Spengler, Ernst Jünger oder Ernst Niekisch zum Beispiel. Sie alle hatten den westlichen Liberalismus zu ihrem Hauptfeind ernannt und verstanden sich selbst als „nationalrevolutionär“ oder „völkisch“. Die Idee der Demokratie bekämpften sie. Gemeinsam war ihnen ihre Ablehnung von Gleichheit und Liberalismus und ein Unbehagen gegenüber der Moderne. Es ging ihnen um die Wiedereinsetzung einer als „natürlich“ verstandene Ordnung. Als Vorbild wurde oft der autoritäre, faschistische Ständestaat Italiens propagiert.

Nach der Befreiung vom Faschismus durch die Alliierten 1945 boten die Theoretiker der konservativen Revolution für die extreme Rechte in Europa den Vorteil, dass sie, obwohl sie Wegbereiter gewesen waren, zumeist nicht mit dem Nationalsozialismus an der Macht identifiziert wurden. So gelang ihnen eine Reinwaschung ihrer Denker.

Ideologisch steht vor allem die Ablehnung des Gleichheitsprinzips im Mittelpunkt. Statt dessen wird die prinzipielle Ungleichheit der Menschen behauptet. Aus ihrem antiegalitären Denken resultiert auch die Ablehnung der Ideen der Französischen Revolution sowie der Kampf gegen den politischen Liberalismus, Materialismus und Marxismus. Darüber hinaus ist für die Neue Rechte der Mensch vor allem durch seine Gene und die Biologie bestimmt. Mit der Übertragung von Erkenntnissen der zoologischen Verhaltensforschung auf Menschen rechtfertigt sie eine Herrschaft der Stärksten. Forderungen nach Menschenrechten oder einem sozial ausgleichenden Staat stünden dem gegenüber, da sie eine als natürlich verstandene gesellschaftliche Ordnung durcheinanderbringen. Da die Neue Rechte behauptet, dass ein Zusammenleben verschiedener Kulturen unmöglich sei, wird ein räumlich getrenntes Nebeneinander propagiert.

Ein weiteres Ziel der Neuen Rechten ist der Kampf um eine „nationale Identität“. Die angeblich natürlichen „Volksgemeinschaften“ müssten gegen äußere Einflüsse verteidigt werden. Mit antiimperialistischer Rhetorik wird seit Jahrzehnten der „Kampf gegen Fremdbestimmung“ ausgerufen. Europa müsse sich offensiv gegen die USA stellen, so die Neue Rechte.

In Deutschland ist seit Ende der 1960er Jahre verstärkt ein Bezug auf die Ideen der Neuen Rechten festzustellen. Die Wahlniederlage der NPD 1969 wurde zur Initialzündung für die Neue Rechte in der BRD, denn die Partei verlor durch die Niederlage ihre bindende Wirkung in der extremen Rechten. Aber erst als Anfang der 70er Jahre unterschiedliche konservative Publizisten die Thesen der Neuen Rechte aufgriffen, begann für sie ein begrenzter Aufschwung.

Mit der Gründung des Thule-Seminars in Kassel entstand ein Ableger der französischen Neuen Rechten in der BRD. Mit ihrem Namen lehnte sich die Gruppe an den Thule-Orden an, eine Keimzelle der NSDAP. Zur Marburger Burschenschaft Germania bestanden schon damals Kontakte, denn Pierre Krebs, der Gründer des Thule-Seminars, trat in den `80er Jahren zweimal als Referent in Marburg auf.

In Folge einer politischen Rechtsentwicklung in der BRD, die 1982 im Regierungswechsel zur CDU/CSU/FDP kulminierte, sowie der Stärkung konservativer Diskurse in der Öffentlichkeit, öffnete sich für die Neue Rechte schließlich ein Feld der Einflussnahme. Im Schatten der „geistig-moralischen Wende“ begann eine publizistische Offensive. Bekanntheit erlangte die Zeitschrift Criticon, um die sich von der CDU/CSU enttäuschte konservative Intellektuelle sammelten, um nun mit den Ideen der Neuen Rechten zu experimentierten.

Der Anschluss der DDR an die BRD 1990 bescherte der extremen Rechten Zulauf. Denn Deutschland stand wieder auf der Agenda von Politik und Medien ganz oben, der Kommunismus schien besiegt und die Staaten in Ost- und Südosteuropa zerlegten sich zur Freude der Deutschen in einen bunten Volksgruppenzoo. Die Ideen von „Volk“ und Nation waren schwer en vogue.

Davon profitierte auch die bereits 1986 gegründete neu-rechte Zeitung Junge Freiheit (JF). Mit einer Auflage von etwa 10.000 Exemplaren erstreckt sich ihre publizistische Reichweite bis weit in bürgerliche Kreise. Die Zeitung, die einen völkischen Nationalismus vertritt, ist in der BRD das bis heute erfolgreichste Projekt „neu-rechter“ Theorie und Strategie.

Ihre treuesten Freunde hat die Junge Freiheit im burschenschaftlichen Milieu. Lesekreise der Zeitung trafen sich in Burschenvillen, Vorträge bei den Studentenverbindungen werden regelmäßig in der JF-Terminspalte angekündigt und in Marburg verteilten Burschen Anfang der `90er Jahre in der Uni-Mensa kostenlose Ausgaben der Zeitung. Statt einer Fixierung auf eine der rechtsextremen Splitterparteien setzt die Zeitung auf Lesekreise, Vorträge und die Zusammenarbeit mit extrem rechten think-tanks, wie etwa dem Institut für Staatspolitik. Sie versucht also, im akademischen und kulturellen Bereich Fuß zu fassen.

Die Neue Rechte ist heute in Frankreich und der BRD nur ein loses Netzwerk von Zeitungen, kleinen Verlagen und Einzelpersonen. Gesellschaftlich ist sie bisher in Deutschland nahezu unbedeutend. Eine Ursache dafür waren ihre Differenzen zum bürgerlichen Konservatismus. So standen die Ablehnung des Christentums durch die Neue Rechte, ihre Gegnerschaft zu den USA und die nicht-eindeutige Position zur ökonomischen Ordnung im Gegensatz zu großen Teilen des europäischen Konservatismus. Ihren Anspruch, eine kulturelle Hegemonie zu erringen, hat die Neue Rechte bisher

eindeutig verfehlt. Als Ideenschmiede sowie als Brücke in die Mitte der Gesellschaft erfüllt sie aber eine wichtige Funktionen zur Verbreitung extrem rechter Ideen.

Politische Erfolge konnte sie immer dann erzielen, wenn sie Hand in Hand mit Konservativen agierte. Hier spielt v.a. die Junge Freiheit ein besonders geschicktes Spiel, in dem sie über explizit nicht-rechte Interviewpartner den Anschein erweckt, ein konservatives Blatt zu sein. Damit bemüht sich die Zeitung, ihr Image als Blättchen der extremen Rechten abzulegen. Doch trotzdem steht sie bis heute unter Beobachtung des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes. In den 1990er Jahren trat die Neue Rechte in der BRD mehrfach mit Aufrufen und Appellen an die Öffentlichkeit, die auch in Zeitungen wie der FAZ platziert wurden. In Aufrufen und Veranstaltungen die sich z.B. gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ richteten, entwickelte sich ein breites Bündnis, dass von der extremen Rechten bis zu Vertretern von CDU/CSU und FDP reichte. Auch in konservativen Zeitungen wie der Welt oder der FAZ und in etablierten Verlagen fanden neu-rechte Autoren in den '90er Jahren zeitweise eine Heimat.

In diesen Jahren muss der politische Zustand innerhalb der CDU/CSU so desaströs gewesen sein, dass sich der prominente CDU-Bundestagsabgeordnete Friedbert Pflüger 1994 mit einem Buch an die Öffentlichkeit wandte, in dem er die „Erosion der Abgrenzung“ zwischen Konservativen und der extremen Rechten beklagte. Detailliert wies er organisatorische als auch inhaltliche Überschneidungen der Neuen Rechten mit seiner Partei nach: „Neben dem braunen Netzwerk der Neo-Nazis entsteht ein schwarz-braunes Netzwerk“, klagte Pflüger. Dieses Netz habe es auf Einfluss in der CDU abgesehen.

Bis heute orientiert sich ein bedeutender Teil der Neuen Rechten auf die CDU, obwohl sie nur wenig von der Partei erwarten. Im Jahr 2000 beschrieb Karlheinz Weissmann, einer der Vordenker der Neuen Rechten, das Verhältnis zur CDU. Zwar sei die Partei in einer Krise, doch sei sie noch immer „die einzige nicht linke Partei von Bedeutung“. Das Ziel müsse es sein, die „nationalkonservativen Kräfte“ in der Union zu stärken. Langfristig könnte sich diese Strömung dort „durch solide außerparteiliche Arbeit“ durchsetzen, hofft Weissmann. In der Jungen Freiheit sagte er wenig später: „Das geistige Vakuum, das in der Union herrscht“, verlangt nach „Auffüllung“. Um dieses Vakuum zu füllen, betreibt Weissmann gemeinsam mit Götz Kubitschek, ehemals Redakteur der JF, seit einigen Jahren in der ostdeutschen Provinz ein privates Institut für Staatspolitik.

Kubitschek ist einer der drei Referenten, die heute bei den Germanen referieren. Strategisch will sein Institut im Sinne der Neuen Rechten „geistigen Einfluss“ über die „Hörsäle und Seminarräume“ sowie „Einfluß auf die Köpfe“ von jungen Akademikern gewinnen; sie versucht also den Kampf um

kulturelle Hegemonie im „vorpolitischen“ Raum zu führen. Der Aufbau einer „rebellischen Elite“ von Rechts ist das Ziel. Ihr Publikum suchen sie sich dafür im burschenschaftlichen Milieu.

In dem von Kubitschek gegründeten Verlag Edition Antaios werden u.a. Schriften von Armin Mohler verlegt, der sich selbst als „Faschist“ bezeichnete. Über die Thesen des Antaios-Autoren J.R. von Bieberstein zum Thema „Jüdischer Bolschewismus“ stolperte der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann. Auf Bieberstein hatte er 2003 seine antisemitische Rede gestützt, die ihn sein Amt kostete. In dieser Edition veröffentlichte auch der zweite Germanen-Referent Frank Lission ein Buch über sein Referatsthema, den Schriftsteller Oswald Spengler. Spengler war ein Vertreter der „Konservativen Revolution“. Mohler, Spengler und andere Autoren dieser Strömung gelten dem Institut für Staatspolitik als Vorbilder.

Deutsche Burschenschaft auflösen!